



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/261 - 11.11.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 81-33  
Fernschreiber 039 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Aspekte des Pinay-Besuches	S. 1
Das Pulverfass im Mittleren Osten	S. 5
Das Bundesluftschutzgesetz	S. 5
Eine Frage an das Auswärtige Amt	S. 6

---

## Rückkehr zu alten Rezepten?

sp. Der französische Außenminister Pinay wird am Wochenende in Bonn den bisherigen Verlauf der Genfer Konferenz erläutern, obwohl dies doch gerade eben der westdeutsche Außenminister selbst getan hat. Freilich war Herr Pinay den Dingen in Genf sehr viel näher als sein westdeutscher Kollege.

Pinays Besuch fällt mit einem Aufenthalt des belgischen Außenministers Spaak in Bonn zusammen, wobei Regierungsstellen etwas übereifrig das rein Zufällige dieser Begegnung unterstreichen. Beide - Pinay sowie Spaak - gehören zu den eifrigsten Verfechtern einer möglichst intensiven europäischen Integration, um die es in letzter Zeit recht still geworden war. Sie haben sich früher in ihren Parlamenten stets sehr nachdrücklich z.B. für die längst entschlafene EWG eingesetzt. Beide Politiker können schon deshalb eines besonders herzlichen Empfanges in Bonn gewiss sein.

In der Frage der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands hat Genf einstweilen keinen Erfolg gebracht. Herr Pinay wird die westliche Auffassung vortragen, warum das so kommen musste. Er wird dabei sicher vor allem auf die Haltung Molotows verweisen können, der besonders in der Zeit unmittelbar vor dem Übergang zum Tagesordnungspunkt zwei, Ausrüstung, eine extrem unzugängliche Haltung einnahm, die ihn auch bei denen ins Unrecht setzen musste, die nicht gewillt sind, von vornherein jedes Bemühen um Objektivität anzugeben.

11.11.1955

Das, was er vorbrachte, konnte die Dinge in der Tat um keinen Schritt vorwärtsbringen. Immerhin ist es notwendig, sich auch anderer Stimmen zu erinnern, wie der von "Le Monde", der schon am 8. November schrieb: "In Wirklichkeit wissen auch die Herren Dulles, Macmillan und Pinay sehr genau, dass ihre Vorschläge keinerlei Erfolgchancen besitzen. Warum versteifen sie sich also darauf?"

Für das deutsche Volk ergibt sich jedenfalls die bittere Erkenntnis, dass in Genf die deutsche Frage einstweilen ausgeklammert worden ist. Mit einer aussichtsvollen Wiederaufnahme ist eigentlich nur dann zu rechnen, wenn eine Art Wunder geschieht. Dadurch haben die Kräfte neuen Auftrieb erhalten, die schon immer in einer möglichst engen kleineuropäischen Verflechtung das oberste Ziel ihrer Politik gesehen haben. Zu ihnen gehören, wie gesagt, Pinay und Spaak, und es spricht manches dafür, dass sie versuchen werden, die deutsche Enttäuschung über die einstweilen ausgesetzte Wiedervereinigungsfrage mit neuen Hinweisen auf die Vorzüge einer wiederbelebten politischen Integration in Westeuropa abzuschwächen. Es ist auch zu befürchten, dass sie damit im antiken Bonn auf allzu bereites Verständnis stossen werden. Dass am Tage der Ankunft Pinays die ersten hundert bundesrepublikanischen Soldaten vom Generalleutnant bis herunter zum Unteroffizier verpflichtet werden, erscheint zumindest als ein in dieser Richtung sehr bezeichnender Vorgang.

Hinzu kommt das Thema "Saar". Die französische Zeitung "Combat" hat nur präzisiert, was allgemein vermutet wird. Trifft das, was hier als Absicht Pinays umschrieben wird, zu, dann sollte man sich mit äusserster Wachsamkeit wappnen. Jede neue Absicht, das Saargebiet unter irgendwelchen abgewandelten europäischen Vorzeichen von Deutschland abzutrennen, ist strikt abzulehnen, müsste ausserdem unmittelbar nach dem überzeugenden Nein zum Saarstatut als ein gänzlich untauglicher Versuch und als ausgesprochene Herausforderung angesehen werden.

So scheint also auf verschiedenen wichtigen Gebieten der unerfreuliche Stand der Deutschlandfrage auf der Genfer Konferenz sehr schnell zu Versuchen zu führen, eine Rückkehr zu alten und überholten Rezepten einzuleiten. Das ist gefährlich und könnte das Dilemma in der Deutschlandfrage nur vergrössern.

## Britisch-sowjetrussische Rivalität in Mittelost

E. A. London

Während alle Augen auf die Grenzzwischenfälle zwischen Ägyptern und Israeli gerichtet sind und die Möglichkeit eines begrenzten Krieges in Rechnung gezogen werden muss, versucht die britische Diplomatie im Mittleren Osten fieberhaft, das Hinüberschwenken weiterer Araberstaaten in den Bannkreis der Sowjets zu verhindern. Die britische Politik ist auch weiterhin darauf ausgerichtet, das "nördliche Bollwerk" im Mittleren Osten, nämlich das türkisch-irakisch-pakistanische Verteidigungsbündnis auszubauen und weitere Araberstaaten hinzuzuziehen. Die Sowjetpolitik wollte mit ihren Waffenlieferungen an Ägypten dieses Bollwerk überspringen. Ihr Ziel scheint zu sein, im Rücken der westlichen Verteidigungsallianz Unruhe zu stiften und allmählich die gesamte Araberwelt gegen Israel zu mobilisieren. Solange der Araber-Israel-Konflikt besteht und sich verschärft, hat die russische Taktik gute Erfolgchancen.

### Hoher Preis der Araberstaaten

Der britische Gegenzug im Schachspiel um den Mittleren Osten bestand in einer Reihe eiliger Konferenzen in Amman, Beirut und Bagdad. Die britische Diplomatie benützte als Schachfiguren König Hussein von Jordan und den irakischen Aussenminister Bashayan. Sie sollten Syrien und den Libanon davor zurückhalten, in den ägyptisch-sowjetischen Klub einzutreten. Die Araberstaaten forderten einen hohen Preis, die britische Diplomatie war bereit, ihn zu zahlen.

Jordan wird verstärkte Waffenlieferungen erhalten. Dafür wird König Hussein sich geneigt zeigen, dem Bagdad-Pakt beizutreten, vorausgesetzt allerdings, dass Generalmajor Glubb-Pasha und andere Jordan-Offiziere abtreten. Die jordanische Nationalgarde, die verstärkt wird, soll unter ein in Kürze zu schaffendes syrisch-jordanisches Oberkommando gestellt werden, dem die syrischen Streitkräfte an der Israelgrenze gleichfalls unterstehen sollen.

Syrien wird sich nicht mit der Bitte um Waffenlieferungen an Moskau wenden, sondern soll von Irak beliefert werden, ebenfalls der Libanon. Die neuen militärischen Ausrüstungen, mit denen die USA und Grossbritannien Irak beliefern, werden also auf dem Umwege über Bagdad teilweise ihren Weg nach Syrien und dem Libanon finden. So mag es möglich sein, durch diese eiligst abgeschlossenen Abmachungen Syrien und andere Araberstaaten davon zurückzuhalten, dem Beispiel Ägyptens zu folgen.

### Unstrittene Mittelost-Politik

Aber sind damit schon die Gefahren, die das Vordringen des sowjetischen Einflusses nach Kairo heraufbeschworen hat, gebannt? Nicht nur in Israel ist man über diese neuen Entwicklungen be-

sorgt. Es mag wohl sein, dass die Waffen, die London nach Bagdad liefert, im Falle eines Krieges auf ägyptischer Seite in Aktion treten. Somit werden sie die Gefahr eines Aufflammens des Krieges gegen Israel nicht verringern, wie Whitehall beabsichtigt, sondern eher erhöhen.

Auch in britischen politischen Kreisen wird das sterile Festhalten an einer Politik, die darauf abzielte, ein Vorringen des russischen Einflusses in den Mittleren Osten durch die Errichtung einer nördlichen Barriere zu verhindern, jetzt aber durch das sowjetische Überspringen dieser Barriere unzulänglich geworden ist, mit starken Argumenten kritisiert. Trotz der blutigen Zwischenfälle an der Demarkationslinie glaubt man, dass weder Ägypten noch Israel einen Krieg in nächster Zeit vom Zaune brechen wollen. Aber die Schwächen der westlichen Politik lassen die Möglichkeit zu, dass man Schritt für Schritt in kriegerische Verwicklungen abgleitet.

#### Sowjetisches Doppelspiel

Die Sowjetdiplomatie hat schon in Genf ein Doppelspiel getrieben. Aus Molotow's Umgebung flogen Versuchsballons. Man spekulierte auf eine Mittel-Ost-Konferenz nach "Genfer Typ". Man sprach von einer gemeinsamen Ost-West-Garantie des Friedens. Beide Wege eröffneten der Sowjetunion ein legitimes Eindringen in die Region, die bisher als eine britische Interessensphäre angesehen wurde. Von britisch-amerikanischer Seite hat man diese Winke übersehen. So war es nicht verwunderlich, dass Herr Molotow die Vorstellungen Mister Macmillans und des amerikanischen Außenministers Dulles über Waffenlieferungen an Kairo mit der ruhigen Feststellung beantwortete, dass es doch nirgends geschrieben sei, dass Waffen an Ägypten nur von Grossbritannien und der USA verkauft werden dürften.

Auch der vielfach aufgetauchte Vorschlag, man solle nun das Gremium der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates zur Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes zwischen Arabern und Israel einspannen, bietet keine Lösung. Der sowjetische Vertreter im Sicherheitsrate könnte sein Veto gegen jede von Moskau als inopportun angesehene Massnahme einlegen. Man würde also nicht darum kommen, vor jeder Beschlussfassung sich mit den Russen zu einigen, was man sichtlich nicht zugestehen will. So bliebe als letztes Mittel, eine Verschärfung der Mittelost-Krise abzuwenden, eine neue politische Initiative der USA, Frankreichs und Grossbritanniens, um den Waffenstillstand durch eine Friedensregelung zu ersetzen. Nur müssten sie dafür nicht nur klare, eindeutige Vorschläge ausarbeiten, sondern sie auch mit aller ihnen zur Verfügung stehenden Macht, politisch, wirtschaftlich und wenn nötig militärisch, zu untermauern. Es sollte leichter sein, die widerstrebenden Araberstaaten und Israel jetzt an einen Tisch zu Friedensverhandlungen zu zwingen, als später, wenn das labile Gleichgewicht im Mittleren Osten durch ein Rüstungswettrennen vernichtet worden ist.

### Unzureichende Planung

off. Das Bundeskabinett hat kürzlich das Luftschutzgesetz verabschiedet und dem Bundesrat zugeleitet. Es kann angenommen werden, dass der Bundestag bis zum 1. 4. 1956 die Verabschiedung in 3. Lesung schafft, aber sicher ist es nicht. Es ist kein Geheimnis geblieben, dass die Dienststelle Blank bereits 1951 ein Luftschutzgesetz forderte, denn vernünftigerweise steht dem passiven Schutz der Zivilbevölkerung in jedem Falle die Priorität zu. Es ergibt sich also die Frage, ob fünf Jahre sinnlos vertan wurden.

Betrachtet man die Richtlinien über den baulichen Luftschutz des Bundeswohnungsbauministeriums von 1952, die praktisch den Luftschutzkeller wie gehabt vorschrieben, muss man über den Zeitverlust froh sein. Die neuen Richtlinien von 1955 tragen einer schon 1952 geübten Kritik Rechnung: generell für Aussenbauten unterirdische Bauweise, bei Innenbauten wird der in den Kellerraum hineinragende obere Teil mit einer die Trümmerlast tragenden Decke abgeschlossen, unterirdische Rettungswege (alles aus Stahlbeton), Filterlüftung. Trotzdem bleibt die Frage offen, ob die Bautechniker bezüglich der Zweckmässigkeit der vorliegenden Planung hinreichend konsultiert wurden. Das gilt sowohl im Hinblick auf das förderungswerte Bestreben, Schutzräume ausserhalb des Trümmerbereiches der Häuser zu legen, wie auch in der Frage der Form. Bekanntlich ist die Druckfestigkeit gerader Flächen erheblich geringer, als die der Bauten in Zylinder-, Kugel- oder Kegelform. Auch dürften grosse Schutzräume nicht mehr zweckmässig sein. Der Versuch, zu besseren Lösungen zu kommen, sollte jedenfalls durch die Bauwirtschaft noch gemacht werden.

Die Vorschrift, dass ab 1956 in allen Neubauten in Orten über 10 000 Einwohner der Schutzraum einzubauen sei, wirft nun mehrere Fragen auf. Zunächst einmal verdanken wir der leider zu wenig zum Zuge gekommenen auflockernden städtebaulichen Planung, dass an manchen Stellen des Häusermeeres in unseren Städten baulicher Luftschutz sinnlos ist. Als Ausweg bleibt die Evakuierung der im oder beim eigenen Haus nicht zu schützenden Bevölkerung. Ein Komitee der britischen

Labour-Party empfahl in einem Bericht überhaupt eine generelle Verteilung der Bevölkerung aus jenen Stadtbezirken, die mutmassliche Angriffsziele sein könnten. Wenn man sich dem anschliesst, muss aber in den umliegenden Gemeinden den evakuierten Personen nicht nur Wohnraum, sondern auch ein Schutzraum zur Verfügung stehen. Dann darf keine 10 000-Einwohnergrenze den Weg verbauen. Die gefährlichen Wirkungen der radiokatigen Strahlen verlangen einen Schutz auch dort, wo keine Bomben fallen.

Die Bundesregierung veranschlagt 1,2 Milliarden DM für ein Drei-Jahres-Programm, das damit aber nur den Luftschutzhilfsdienst, den Warndienst und sonstige organisatorische Massnahmen umfasst. Im Bundestag wird die Forderung nach einem Gesamtprogramm des baulichen Luftschutzes und nach Evakuierungsmassnahmen dort, wo baulicher Schutz sinnlos ist, gestellt werden müssen. Ausgesprochen werden muss aber auch, dass die Mittel für die wissenschaftliche Forschung nach Schutzmitteln gegen die Gefahren der radioaktiven Verseuchung völlig unzureichend sind.

Die Opposition beantragte 1,2 Milliarden DM pro Jahr für Massnahmen zum passiven Schutze der Zivilbevölkerung; ein Betrag der gering ist im Vergleich zu den 9 Milliarden DM für die bewaffneten Streitkräfte, ein Betrag der vor den 9 Milliarden zu rangieren hat und vor diesen abgesetzt werden sollte. Ungangbar ist der Weg der Regierung, schon die Kosten für das vorgelegte unzureichende Programm zu zwei Dritteln auf Länder und Gemeinden abzuwälzen.

+ + +

Füttert die Demokratie ihre Feinde ?

Von H.G. Ritzel, MdB.

Im Zuge der Rückkehr deutscher Kriegsgefangener aus der Sowjetunion haben bereits mehrere Personen den Boden der Bundesrepublik betreten, die früher zu den prominenten Vertretern des Dritten Reiches gehörten. Ich nenne hier die Namen des KZ.-Lagerarztes Clauberg, des Gauleiters Jordan und des ehemaligen Gestapochefs Beckerle. Das Auswärtige Amt erwartet, dass etwa 95 Angehörige des diplomatischen Dienstes aller Ränge aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik zurückkehren werden. Unter ihnen werden sich ähnliche

Figuren wie der genannte frühere Gestapo-chef befinden, der zuletzt Gesandter des Dritten Reiches in Sofia war.

Wenn die deutschen Kriegsgefangenen den Boden unseres Staates in Herleshausen betreten, werden sie herzlich willkommen geheissen. Mehr als frühere Spätheinkkehrer erhalten sie Wohltaten aller Art zugewiesen, darunter auch eine Zahlung von 6 000,-- DM. Als Mitglied des Haushaltsausschusses habe ich die Frage gestellt, ob Vorsorge getroffen ist, dass solche Zahlungen wirklich denjenigen zugute kommen, die die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen und die eines derartigen Empfangs würdig sind. Die gesetzliche Voraussetzung besteht entscheidend darin, dass die bisherige Kriegsgefangenschaft in ursächlichem Zusammenhang mit den Kriegserlebnissen stehen muss. Die Inhaftierung des ehemaligen KZ.-Lagerarztes, Dr. Clauberg, kann nicht als ursächlicher Zusammenhang mit Kriegsergebnissen betrachtet werden, auch die bisherige Haftzeit des früheren Gauleiters Jordan wird sich bei objektiver Betrachtung nicht als eine Rückkehr aus echter Kriegsgefangenschaft darstellen. Der frühere Gestapo-chef Beckerle war Parteimann und seine Rückkehr dürfte als die eines Zivilisten, wenn auch eines Beamten des Auswärtigen Dienstes, nicht aber als die Rückkehr eines echten Kriegsgefangenen zu bezeichnen sein.

Damit entsteht die natürliche Überleitung zu einer weiteren Frage: Betrachtet das Auswärtige Amt auch nationalsozialistische Grössen der Vergangenheit, die offensichtlich wegen ihrer nationalsozialistischen Gesinnung zu Mitgliedern des Auswärtigen Amtes gemacht wurden, als Beamte, für die gegebenenfalls materiell zu sorgen ist und die zur Wiederverwendung in Frage kommen? Ich glaube, dass der Aussenminister Dr. v. Brentano und sein Personaldezernent die Garantie dafür bieten werden, dass eine Wiederverwendung solcher Personen im auswärtigen Dienst als ausgeschlossen angesehen werden darf. Aber die Frage steht offen, ob die Bundesrepublik in Fällen wie dem des Herrn Beckerle eine Pensionsverpflichtung anerkennt oder ob sie gar für zurückliegende Zeit zu berechnende Pensionen angesammelt hat, um sie demnächst auszuzahlen. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, hierzu klipp und klar Stellung zu nehmen. Auf die Antwort darf man gespannt sein.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raurau